

AL Herne

Alternative Liste Herne
für soziale Gerechtigkeit
Arbeit und Demokratie

Kommunalwahlprogramm 2014

Eine kleine Vorbemerkung vorweg:

Ehrlich gesagt – wir haben uns erschrocken! Wir haben uns erschrocken, wie wenig wir in unserem Kommunalwahlprogramm von 2009 ändern mussten; wie wenig sich in Herne im Vergleich zu damals geändert hat. Die Kernprobleme wie hohe Arbeitslosigkeit, niedrige Kaufkraft und Ebbe in der Stadtkasse sind geblieben; von einer „Stadt im Vorwärtsgang“ wie das eine Konkurrenz-Partei sagt, kann keine Rede sein.

Das Wahlprogramm ist im übrigen nicht statisch! Als kleine WählerInnen-gruppe können wir nicht alle Themen abdecken und übersehen vielleicht auch das ein oder andere Problem, was Ihnen auf den Nägeln brennt. Sie haben weitere Ideen, Vorschläge, Änderungen oder möchten mit uns die Inhalte diskutieren? Super! Wenn das mit unseren Grundsätzen zusammenpaßt, nehmen wir das gerne mit auf.

Sie werden auch Dinge hier finden, auf die man kommunal keinen Einfluß hat, aber eine Meinung zu Bundes- und Landesthemen haben wir natürlich. Schließlich werden die Rahmenbedingungen für eine Kommune in Brüssel, Berlin und Düsseldorf formuliert. Die großen Parteien haben sich ihren Schwerpunkt auf die EU-/Bundes-/Landesebene gelegt und lassen gerne ihre oftmals schädlichen Entscheidungen von oben an die kommunale Ebene durchreichen. Bei uns können Sie sicher sein, dass unser Schwerpunkt in Herne bleibt.

**Nur wer die ALTERNATIVE LISTE wählt,
kann in Herne etwas verändern!**

Was wir seit 2004 in Herne erreicht haben:...

- ✓ Der Postpark in Wanne wurde auf Grund unserer Initiative erhalten.
- ✓ Die Mietobergrenzen für Hartz IV-BezieherInnen wurde durch unsere Initiative in Herne ca. 20% höher gesetzt als Hartz 4 das normalerweise vorsieht.
- ✓ Verschiedene Einrichtungen, die den Herner BürgerInnen zu Gute kommen (Verbraucherzentrale, Frauenhaus, Arbeitslosenzentren) bleiben mit Unterstützung der AL Herne trotz Streichung von Landesmitteln erhalten.
- ✓ Die Kosten für Schulbücher für finanziell Schwache werden auf Drängen der AL Herne von der Stadt übernommen.
- ✓ Die AL Herne hat auf eine Erhöhung der Zuschüsse bei Erstausrüstung von Neugeborenen gedrängt.
- ✓ Eine Streetworkerstelle, die schon gestrichen worden war, wurde durch die Initiative der AL Herne wieder besetzt.
- ✓ Nur auf Drängen der AL Herne wird im neuen Stadtteilzentrum Pluto ein behindertengerechter Aufzug eingebaut.
- ✓ Wir haben die Zustände in Altenheimen überprüfen lassen und Mängelbehebung angemahnt.
- ✓ Wir haben uns dafür eingesetzt, dass Deutschkurse in der VHS ausgeweitet werden und Schulabschlüsse nachgeholt werden können.
- ✓ Die Mindereinnahmen in Höhe von 450.000,- Euro/Jahr (!) durch mangelnde Anpassung der Rettungsdienst-Gebühren (Das zahlen die Krankenkassen, also keine Kosten für Patienten!) sind dank massivem Druck durch die AL Herne inzwischen Geschichte.
- ✓ Wir haben auch auf die falsch berechnete ÖPNV-Pauschale aufmerksam gemacht. So bekommt Herne jährlich 200.000 EUR mehr.
- ✓ Das Einzelhandelskonzept der Stadt wurde nach massiver Kritik der AL Herne verbessert und ist jetzt auch gerichtsfest.
- ✓ Es wurde eine Mikrokreditfinanzierung für KleinstunternehmerInnen auf Antrag der AL Herne eingerichtet.

- ✓ Die AL Herne hat frühzeitig den Vorschlag gemacht, einen Teil des stadteigenen RWE-Aktienbesitzes zu Gunsten der Finanzierung des 70 Millionen Sanierungsstaus der öffentlichen Gebäude in Herne einzusetzen.
- ✓ Die Kriterien, nach denen 1-Euro-Jobber eingesetzt werden dürfen wurden auf Drängen der AL Herne verschärft. Einer Willkür beim Abbau von Tarifarbeitsplätzen wurde dadurch Grenzen gesetzt.
- ✓ Der einzige konstruktive Vorschlag zur Lösung der Schulbus-Problematik der Realschule Sodingen kam von uns. Durch den zähen Fortschritt beim Nahverkehrsplan ist daraus aber noch nichts geworden.
- ✓ Wir haben beim „Kanalgeschäft“ als Alternative zum Verwaltungskonzept die Gründung einer genossenschaftlich geführten Entwässerungsgesellschaft vorgeschlagen.
- ✓ Wir haben an vielen Stellen fehlgeleitete Gelder entdeckt und deren ordnungsgemäße Verwendung erreicht. Ein Beispiel: Wir haben enttarnt, dass die Verwaltungskosten des Jobcenters ausufern, seit 2011 eine Zunahme von rund 2 Mio. Euro! Dies muß dringend durch eine bessere Sachbearbeitung und durch eine Änderung des unseligen Hartz-4-Gesetzes zugunsten der Betroffenen geändert werden.
- ✓ Ebenso haben wir in jedem Jahr Vorschläge zur Verbesserung der Einnahmesituation gemacht und wo man vielleicht doch etwas sparen könnte. Kleine Vorschläge zwar, aber wir sind ja auch nur eine kleine Wählergruppe. Die großen Parteien sind für die großen Vorschläge zuständig, aber von da kam bis jetzt erstaunlich wenig.
- ✓ Auch den leichtfertigen Umgang mit öffentlichem Geld haben wir thematisiert, hier speziell den Verein „Herne hilft“, der schon mit Sparkassengeldern ausgestattet wurde, als es ihn und seine Satzung noch gar nicht gab.
- ✓ Wir haben uns für die Senkung von Strom- und Gaspreisen der stadteigenen Stadtwerke eingesetzt.
- ✓ Eine überflüssige Tempo-30-Zone auf der Wiescherstraße wurde auf unsere Initiative hin beseitigt.
- ✓ Zusammen mit 9.500 BürgerInnen haben wir für den Erhalt der Stadtteilbibliotheken Eickel und Sodingen gekämpft.

- ✓ Auch die Initiative zum Erhalt den Eickeler Minizoos haben wir nach Kräften unterstützt.
- ✓ Wir haben beim Ministerium und der Kassenärztlichen Vereinigung Druck gemacht, dass die teure Rufnummer des ärztlichen Notdienste durch die kostenfreie 116117 ersetzt wird.
- ✓ Und natürlich haben wir auch immer für das WAN-Kennzeichen gestimmt.

... ist doch für eine kleine Wählergruppe eine ganze Menge. Vergleichen Sie das mal mit den anderen kleinen Parteien.

Was wir ab 2014 in Herne erreichen wollen

Die Soziale Frage steht nach wie vor auf der Tagesordnung

Die AL Herne hat sich 2004 als kommunale Reaktion auf die Agenda 2010 gegründet. Im Rahmen ihrer Möglichkeiten hat sie unter anderem erreicht, dass finanziell schwachgestellten MitbürgerInnen bei der Schulbedarfsfinanzierung geholfen wird. Sie hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass 1-EUR-Jobs nicht willkürlich ausgeweitet werden. Die Kriterien für die sogenannte „Zusätzlichkeit“ wurden auf Drängen der AL Herne z.B. im Hausmeisterbereich, im Lehrerbereich und anderen normal tariflich bezahlten Gebieten verschärft, so dass ein Ausuferern verhindert werden konnte.

Nach Ansicht der AL Herne gibt es für 1-EUR-Jobs (Arbeitsgelegenheiten gegen Mehraufwandsentschädigung) keine Rechtfertigung, auch früher wurden Hilfsarbeiten normal bezahlt und waren nicht an Sanktionen bis hin zum Bezug von Lebensmittelgutscheinen gekoppelt.

Hier muss weiterhin der Finger in die Wunde gelegt werden, bis zur Abschaffung dieser Zwangsarbeit.

Wir sind nicht bereit, den beispiellosen Sozialabbau, die Beschneidung von Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechten sowie von Rentner- und Erwerbslosenrechten als alternativlose Politik zu akzeptieren. Wir setzen uns hier in Herne weiter zur Wehr! - Wo sonst?

Herne blutet aus, der Druck zur Privatisierung nimmt zu

Im Ergebnis der Politik von Bundes- und Landesregierung NRW bluten Kommunen wie Herne aus. Wichtige Aufgaben der sozialen Daseinsvorsorge können nur noch eingeschränkt wahrgenommen werden. Zusätzlich wächst der Druck zu Privatisierungen und Ausgründungen von kommunalem Vermögen und Gemeindebetrieben. Die Stadt fällt zunehmend als lokaler Investor aus, was sich ebenfalls negativ auf Arbeitsplätze in Herner Betrieben und auf die Kaufkraft in der Stadt auswirkt. Auch die Konjunkturprogramme des Bundes in den letzten Jahren haben die etablierten Parteien nicht davon abgehalten, an ihren Privatisierungspläne z.B. im Schulbereich festzuhalten. Es gibt aber andere Wege, mit geringen Mitteln das Optimale für Herne zu bewirken. Das hat die AL Herne in den vergangenen Jahren an vielen Stellen gezeigt, einige ihrer Ideen wurden von den Mehrheitsparteien aufgenommen und umgesetzt.

Was hat der Sozialabbau mit Herne zu tun?

Die von Berlin und Düsseldorf gesteuerte Demontage des Sozialstaates hat sehr viel mit unserer Heimatstadt Herne und den hier lebenden Menschen zu tun. Nahezu die gesamte Herner Bevölkerung ist von den **unsozialen** Auswirkungen der Steuerpolitik, Gesundheits-, Renten- und Arbeitsmarkt-, „**reformen**“ wie der Gemeindefinanzkrise betroffen. Es kann doch nicht sein, dass Politiker ein und derselben Partei in Berlin und Düsseldorf für Sozialkahlschlaggesetze stimmen und hier vor Ort in Herne die Auswirkungen ihrer Politik beklagen, rechtfertigen oder nicht zur Kenntnis nehmen. Es kann doch nicht sein, dass örtliche Delegierte der Parteien auf Parteitagen auch in Herne der Politik des Sozialabbaus zustimmen und vor Ort, hier in Herne erklären, dies alles habe nichts mit unserer Stadt und den anstehenden Kommunalwahlen zu tun.

Wir meinen: Eine andere, eine soziale und demokratische Politik beginnt vor Ort in der Kommune.

Wir meinen: Die arbeitenden und erwerbslosen Menschen brauchen unseren Einsatz im Herner Stadtparlament dringend.

Unser alternatives Wahlprogramm:

Die Stadt gehört den Menschen !

Was macht eine Stadt wie Herne aus? Die Vielfalt und Lebensinteressen ihrer Einwohnergruppen! Deren zum Teil unterschiedliche Anliegen haben ein Recht auf Gehör und Einbeziehung in den kommunalen Entscheidungsprozess.

Herne braucht gerecht bezahlte Arbeit, Arbeit und nochmals Arbeit !

In Herne fehlen tausende Arbeitsplätze jenseits von Leiharbeit und Logistik mit einer Entlohnung, von der die Betroffenen leben können. Zunächst müssen vorhandene Arbeitsplätze im industriellen Bereich in ihrem Bestand gesichert werden und zusätzlich geschaffen werden.

Der Erhalt, die Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen und die Ansiedlung von Betrieben sind zwei der wichtigsten Aufgaben, um dauerhaft aus der Herner Misere herauszukommen. Die AL wird alles daran setzen, die Wirtschaftsförderung in Herne auf neue Füße zu stellen.

Arbeitsmarktpolitik und Wirtschaft

Im Zuge der so genannten „Reform“ – Gesetze zur „Agenda 2010“ – ist überall massenhaft Kaufkraft verloren gegangen. Allein durch „Hartz IV“ gingen in Herne ab 2005 **jährlich (!) rund 10 – 12 Millionen EUR Kaufkraft verloren**, indem arbeitswilligen Erwerbslosen ihre Existenz auf das Sozialhilfe-Niveau zusammengestrichen wird.

Davon wurden aber nicht nur die Erwerbslosen betroffen, sondern auch die meisten Klein- und mittelständischen Unternehmen!

Diese sind eingeladen sich mit der Alternativen Liste zu engagieren und Druck auf ihre politischen Vertreter auszuüben, denen diese Sozialkahl-schlag-Politik noch nicht weit genug geht. Die Politik von IHK und Arbeitgeberverbänden läßt nicht erkennen, dass sie die Existenz vieler klein- und mittelständischen Unternehmen in Herne nachhaltig zu verbessern hilft.

- ✓ Die Alternative Liste wird hierzu weiterhin den betroffenen Klein- und mittelständischen Unternehmen die langfristigen Auswirkungen deutlich machen. Dies vor allem deshalb, weil deren Vertretungen diese Sozialkahl-schlag-Politik von CDU, SPD, Grüne und FDP noch nicht weit genug geht.
- ✓ Auch und gerade bei der kritischen Wirtschaftslage im Ruhrgebiet müssen Unternehmen und Arbeitsagentur paßgenaue und zukunfts-sichere Weiterbildungs-Angebote anbieten.
- ✓ Die Unternehmen müssen mehr ausbilden, auch über den augenblicklichen Bedarf hinaus. Denn sonst droht ihnen in den nächsten Jahren Personalmangel, weil große Teile der aktuellen Belegschaft bis 2020 in Rente gehen werden.

AL - Stimme der Erwerbslosen und Armen in Herne

Die Zahl der Langzeitarbeitslosen tendiert in Herne - bei durchschnittlich 10.400 statistisch erfassten Erwerbslosen - gegen 80%. Diese Problem-

gruppen werden durch Instrumente wie Mini-Jobs oder 1-Euro-Jobs nicht aufgefangen oder in existenzsichernde Erwerbsarbeit gebracht.

Beim Gang durch die Stadt kommt einem zwangsläufig der Gedanke, wie viele Menschen in unserer Stadt wohl an der Schwelle des Existenzminimums leben müssen. Vieles erweckt den Eindruck einer versteckten, weit verbreiteten Armut. Die Betroffenen befinden sich in der Defensive, kämpfen mit ihrem Schamgefühl und ihren Sorgen. Die Armen und von Armut bedrohten Menschen sowie ihre Interessenvertretungen in Herne werden in den Vertretern der AL eine kraftvolle Stimme finden. Jeder Mensch in unserer Stadt soll in würdigen Verhältnissen leben können.

- ✓ Wir treten für einen regelmäßigen Sozialreport und eine qualifizierte Armutsberichterstattung in Herne ein, denn unsere Stadt braucht Transparenz über die Lebenssituation der hier wohnenden Menschen, insbesondere für existenziell bedrohte BürgerInnen. Aus diesem Sozialreport muss ein verbindliches Handlungsprogramm mit festen Zielvorgaben entwickelt werden.
- ✓ Die Alternative Liste bekennt sich deutlich zur **Verantwortung für die Schwachen der Gesellschaft** und setzt sich für sie ein.
- ✓ Dass die Regeln über die Angemessenheit einer Wohnung bei „Hartz IV“ jenseits der Öffentlichkeit zwischen Sozialverwaltung und Arbeitsagentur festgelegt und den politischen Gremien einfach nur mitgeteilt werden, ist ein Skandal erster Güte! Diese Entscheidung gehört schnellstens wieder in den Rat!
- ✓ Im Rahmen des öffentlichen Beschäftigungssektors (ÖBS) sollen sozialversicherungspflichtige, tarifgebundene und feste Beschäftigungsverhältnisse geschaffen werden. Ziel von ÖBS-Projekten ist die Schaffung von Arbeitsplätzen in gemeinwohlorientierten Aufgaben- und Bedarfsfeldern. Das Förderprinzip des ÖBS ist die Projekt-, und nicht die Individualförderung. Unter dem Strich ist das für die öffentlichen Haushalte sogar günstiger, da die enormen Bürokratiekosten von Hartz-IV - ca. das Doppelte des Regelsatzes – entfallen.

AL fordert Wirtschaftsförderung neu zu gestalten

Wir sind der Auffassung, dass die Herner Wirtschaftsförderungsgesellschaft falsche Schwerpunkte setzt. Zwar fördert die extrem verkehrsgünstige Lage die Ansiedlung der Logistikbranche, diese ist jedoch stark konjunkturabhängig und bietet nicht genug hochqualifizierte Arbeitsplätze, die Herne so dringend benötigt. Ziel sollte ein ausgewogener Branchenmix sein, bei dem auch das produzierende Gewerbe seinen Stellenwert zurück erhält. Darüber hinaus muss Herne seine zentrale Lage innerhalb des Ruhrgebietes stärker zur Geltung bringen.

Herne ist umgeben von Universitäten und Fachhochschulen, warum gibt es in Herne kaum Firmenlabors oder Forschungseinrichtungen?

Folgende Schwerpunkte stellen wir uns vor:

Medizintechnik

- ✓ Die Gesundheitswirtschaft muss wegen der Ansiedlung des Gesundheitscampus in Bochum auch stärker in Herne verankert werden. Daher sieht die AL eine Chance für Herne in der Ansiedlung von Betrieben, die spezielle Produkte der Medizintechnik herstellen oder vertreiben.

Krankenhäuser

- ✓ Die Herner Krankenhäuser genießen weit über die Stadtgrenzen hinaus einen guten Ruf. Außerdem sind die Krankenhäuser ein nicht zu unterschätzender Arbeitgeber, der ca. 4000 Personen beschäftigt.
- ✓ Die AL ist für den Erhalt und die Sicherung der bürgernahen Versorgung der Herner Krankenhäuser. Für die AL ist es selbstverständlich, dass kein Herner Krankenhaus geschlossen wird.
- ✓ Die AL ist für eine enge Kooperation zwischen stationären und ambulanten Versorgungseinrichtungen in der Stadt.
- ✓ Die AL lehnt die Auslagerung von Krankenhausabteilungen grundsätzlich ab.

Logistikbranche

- ✓ Bei der Neuansiedlung von Logistikunternehmen muss der Schwerpunkt auf die Verknüpfung mit Schiene und Wasserstraße liegen, statt bevorzugt auf die Straße zu setzen.

Industrieller Bereich

- ✓ Bei Neuansiedlungen ist der Schwerpunkt auf den industriellen Bereich zu legen.
- ✓ Die vorhandenen Arbeitsplätze müssen gesichert werden.

Zur Effizienzsteigerung ist es erforderlich, Wirtschaftsförderungsgesellschaft, Stadtmarketing und Koordinierungsstelle Mittelstand zusammen zu legen. Wie nötig das ist, zeigen die rund 1,5 Millionen Euro Verlust, die diese Gesellschaften in 2013 eingefahren haben.

Beratungsangebote für die Bürgerinnen und Bürger müssen aufrecht erhalten und ausgebaut werden.....

Durch die Streichung von Zuschüssen des Landes NRW ist die Finanzierung der beiden Herner **Erwerbslosenzentren** immer noch nicht dauerhaft gesichert.

- ✓ Das Arbeitslosenzentrum an der Poststraße in Herne und das Zeppelinzentrum in Wanne müssen durch ausreichende kommunale Zuschüsse als unabhängige Anlauf- und Beratungsstellen für Erwerbslose und Hilfesuchende erhalten bleiben. Gleiches gilt für Suppenküchen, Möbelhöfe und Kleiderläden in Herne.

In vielen Fällen haben von Armut betroffene oder bedrohte Menschen enorme Sorgen wegen einer bestehenden Verschuldung. Schulden belasten nicht nur materiell, sondern auch psychisch und können ein harmonisches Familienleben empfindlich stören. Die Alternative Liste möchte den Betroffenen helfen, Wege aus der destruktiven Schuldenschraube zu finden.

- ✓ Die AL fordert daher einen Ausbau der **Schuldnerberatung**, um die Möglichkeit zu schaffen, umgehend, wirksam und nachhaltig zu helfen. Durch ausreichende Zuschüsse muss eine kostenlose Inanspruchnahme der Schuldnerberatung möglich sein.
- ✓ Die Angebote der **Verbraucherzentrale** und des **Frauenhauses** sind wichtige gesellschaftliche Errungenschaften. Die AL fordert die Rücknahme der Kürzungen in diesem Bereich.

Für eine Stärkung der Herner Gemeindegewirtschaft! Gegen Privatisierung und Abbau von öffentlichen Dienstleistungen!

Kommunale Leistungen müssen in öffentlicher Hand bleiben. Durch die Privatisierung, oft verbunden mit Personalreduzierung, werden die städtischen Dienstleistungen für den Bürger nicht besser.

Mehr als 5.000 Menschen arbeiten bei der Stadt Herne und ihren Beteiligungsgesellschaften. Sie und ihre Familien sind ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für den Handel und die Dienstleistungsbranche in Herne.

- ✓ Gewerkschaft und Personalrat finden im Bemühen weiteren Arbeitsplatzabbau und Privatisierungen zu verhindern in der AL einen Verbündeten. Wir fordern, die sogenannte Personalkostenquotierung abzuschaffen, in deren Folge in den nächsten Jahren bei der Stadtverwaltung weitere Arbeitsplätze vernichtet werden sollen.
- ✓ Die Ausbildungsquote ist zu erhöhen und alle Auszubildenden müssen nach der Ausbildung in ein unbefristetes Beschäftigungsverhältnis übernommen werden. Die Ansätze eines Ausbildungsverbundes zwischen den Gemeindebetrieben müssen deutlich ausgeweitet werden.
- ✓ Die AL Herne steht zu den Flächentarifverträgen
- ✓ Als Mitglied im Kommunalen Arbeitgeberverband NRW (VKA) muss die Stadt offensiv gegen Arbeitszeitverlängerungen und Niveauabsenkungen in den Tarifverträgen des öffentlichen Dienstes eintreten.

Der „Konzern Stadt Herne“ besitzt ein mittlerweile schwer durchschaubares Geflecht von Beteiligungsgesellschaften. Dies ist inzwischen von den gewählten VertreterInnen der BürgerInnen nicht mehr ausreichend zu kontrollieren. Es fehlt an Informationen und Eingriffsmöglichkeiten, außerdem führt es zu Schattenhaushalten. Die Verwaltungsspitze begründet dieses Geflecht mit den Steuerersparnissen durch den Querverbund. Wir bezweifeln das, denn erkennbare Beweise liegen nicht vor.

- ✓ Wir fordern die Entschachtelung der Beteiligungen und den Aufbau übersichtlicher Strukturen.
- ✓ Die Beteiligungsgesellschaften müssen den Rat über alle Angelegenheiten von besonderer Bedeutung frühzeitig unterrichten. Im übrigen sieht das die Gemeindeordnung so vor, in Herne wird es nur nicht praktiziert.

Verfall und Sanierungsstau öffentlicher Infrastruktur muss gestoppt werden!

Beispiele für den zunehmenden Verfall öffentlicher Gebäude und Einrichtungen unserer Stadt hat sicher Jede/r schon wahrgenommen. Viele Straßendecken sind in einem miserablen Zustand. Regenwassereinbruch im Kulturzentrum, in Sporthallen und Schulen ist keine Seltenheit, Tiefgaragen und U-Bahn-Stationen sind in einem wenig einladenden Zustand. Die Alternative Liste hat sich dafür eingesetzt, diese Defizite effizient zu beseitigen. Um den mehr als 100 Millionen Euro betragenden Sanierungsstau zu beenden, hatte die AL Herne vorgeschlagen einen Teil der RWE-Aktien der Stadt zu verkaufen, als diese einen Kurs von 98 Euro/Aktie hatten. Damit wären kurzfristige Personalaufstockung, Werterhalt der Gebäude, energetische Modernisierung und Aufträge für die hiesige Wirtschaft möglich gewesen. Die Chance den Sanierungsstau zu beheben, wurde durch die ablehnende Haltung der Mehrheitsparteien vertan. Ein Verkauf der Aktien fand dennoch statt, jedoch zu einem erheblich schlechteren Kurs.

- ✓ **Aber nicht durch PPP!**

Zur Behebung des Sanierungsstaus und zum Schuldenabbau versuchen Bund und Land mit einer eigens gegründeten „Taskforce“ den Kommunen weiterhin sogenannte Public-Private-Partnerships (auf Deutsch: Öffentlich-Private-Partnerschaft, ÖPP) schmackhaft zu machen.

Diese sind jedoch Ideologien von Gestern, selbst der Vizepräsident des Deutschen Städtetages hält, nach den mißlungenen Privatisierungen der letzten Jahre, nichts mehr von der Parole „Privat vor Staat“. PPP kann man ohne weiteres in dieses neoliberale Gedankengut einordnen. Schon vorhandene abschreckende Beispiele in Herne und der Region sind der nicht funktionierende „Ruhrpilot“ und der Rathaus-Neubau in Gladbeck. Des Weiteren besteht eine Gefährdung für Kleine und Mittelständische Unternehmen in Herne dadurch, dass die Aufträge in PPP-Projekten nur an große Bau-Konzerne vergeben werden. Durch PPP gibt die Stadt ihre kommunale Eigenständigkeit aus der Hand.

Rettung der kommunalen Finanzen durch eine gerechte Gemeindefinanzreform!

Die Stadt Herne stellt inzwischen ihre eigenen kommunalen Dienstleistungen und Angebote in Frage. Sie hat zwei Gutachten erstellen lassen, die drastische Einschnitte in so gut wie allen Bereichen vorschlagen. Dabei ist die Finanzlage dramatisch, dass sich selbst mit einer vollständigen Einstellung aller freiwilligen Aufgaben, d.h. einem Null-Angebot an Kultur- und Sportförderung, der Haushaltsausgleich nicht sicherstellen ließe. Dies ist den Verantwortlichen in Bund und Land durchaus bewusst, bisher waren sie aber nicht willens, diesen verhängnisvollen Zustand zu beseitigen. Vielmehr wurde auf Landes- und Bundesebene ohne Not auf Steuereinnahmen verzichtet.

- ✓ Die AL Herne fordert deshalb die Einrichtung einer zentralen Koordinierungstelle um zu ermöglichen, Fördermittel aus EU, Bund und Land erschöpfend zu beantragen. Oft wird durch Unkenntnis diese Möglichkeit nicht wahrgenommen.

- ✓ Mit Unterstützung der Herner BürgerInnen wird die Alternative Liste den Stadtrat in die Pflicht nehmen und Druck auf die Herner Landtags- und Bundestagsabgeordneten machen, damit diese mit anderen Abgeordneten in Landes- und Bundestag die Initiative ergreifen für eine kommunale Finanzreform, die Herne und allen anderen Kommunen wieder zuverlässige Einnahmen sichert. Auch die Landes- bzw. Bundestagsabgeordneten sind für die Belange der Menschen vor Ort zuständig und nicht für irgendwelche Ziele, die an Machtinteressen der eigenen Parteien ausgerichtet sind und die Städte fortwährend handlungsunfähig machen!
- ✓ Das Konnexitätsprinzip muß auf Landes- und Bundesebene rückwirkend angewendet werden! Das heißt, dass Bund und Land auch die Aufgaben bezahlen sollen, die sie den Kommunen in den letzten zwei Jahrzehnten aufgebürdet haben, zum Beispiel die Unterkunftskosten von Hartz IV Empfängern. Oder die 110 Mio. EUR, die von Herne in den Aufbau Ost flossen, aber hier genauso benötigt werden.

Bildung und Weiterbildung

Auf die Schnelle:

- *Wenn schon weniger Schulen, dann qualitativ Bessere*
- *Mehr Qualität beim Ganzttag*
- *Kein Abbau bei der VHS*

Forderungen an Bund, Land und EU:

- *Weg mit der Kleinstaaterei bei der Bildung!*
- *G8 abschaffen!*

Bildung ist ein Menschenrecht und darf nicht zur Ware verkommen. Bildung braucht Qualität – keinen Kostendruck. Eine vernünftige Finanzierung der Schulbildung ist eine öffentliche Pflichtaufgabe und darf nicht von der

Gnade oder den Interessen von privaten Geldgebern abhängig gemacht werden. Darüber hinaus sehen wir das dreigliedrige Schulsystem skeptisch. Allerdings leisten die Herner Gesamtschulen im NRW-Vergleich zu wenig und das trotz besserer Ausstattung mit Lehrerstellen und Materialien.

- ✓ Weil Kinder und Jugendliche viel zu wenig Chancen haben, sinnvoll zu lernen, ihr Leben zu gestalten und verantwortungsbewusst als Erwachsene zu arbeiten, dürfen Ganztagschulen nicht zu Verwahranstalten verkommen. Die SchülerInnen benötigen Bildung und qualifizierte Betreuung durch fachkundiges Personal.
- ✓ Der kommunale Bildungsbericht zeigt eindeutig auf, dass in Herne ein dringender Handlungsbedarf besteht. Auffallend ist vor allem die unterdurchschnittliche Abiturquote gegenüber dem Landesdurchschnitt. Rätselhafterweise trifft das Problem gerade die Gesamtschulen mit ihrer bevorzugteren Ausstattung.
- ✓ Da der sogenannte Bologna-Prozeß – also die Umstellung des Studiums auf die ursprünglich angelsächsischen Bachelor / Master-Abschlüsse – mehr Chaos als Nutzen gebracht hat, muß dieser sofort revidiert werden. Eine grundsätzliche Studienreform unter gleichberechtigter Mitwirkung aller Beteiligten muß her. Mit der organisierten Verantwortungslosigkeit von Bund, Ländern und Universitäten muß Schluß sein.
- ✓ Der marode Zustand der Herner Schulen, hervorgerufen durch den jahrelangen Sanierungsstau, bietet kein gedeihliches Lernumfeld. Die Auflösung des Sanierungsstaus hat oberste Priorität, denn Lernen muss in einer angenehmen Atmosphäre stattfinden.
- ✓ Im Sparwahn werden immer mehr Schulen geschlossen, obwohl viele Klassen randvoll sind. Welche Schule es trifft, scheint von der Schulverwaltung manchmal ausgewürfelt zu werden. Beispiele: Overwegstraße und Hauptschule Hölkeskampring. So darf es nicht mehr weitergehen!
- ✓ Die Qualität des Schulessens muß verbessert werden. Wir fordern die Umsetzung der Empfehlungen der Deutschen Gesellschaft für Ernährung für das Schulessen.
- ✓ Das im Weiterbildungsgesetz NRW verankerte Recht auf Weiterbildung ist eine Pflichtaufgabe der Kommune. Dieses Recht soll durch Aufstockung der Landesmittel mindestens in der Größenordnung der Inflationsrate weiter gewährleistet werden.

Die Gemeinden und Städte haben Weiterbildung als Pflichtaufgabe anzubieten. Dadurch spielen ihre VHS im Rahmen der kommunalen Daseinsvorsorge eine wichtige Rolle. Vor allem deren Angebote an beruflicher bzw. berufsbezogener Bildung, nachträglichen Schulabschlüssen, Alphabetisierungskursen sowie die Vermittlung sprachlicher Fertigkeiten (z.B. Deutsch als Fremdsprache) seien dabei genannt.

Mittlerweile besitzt die VHS ein zertifiziertes Qualitätsmanagement. Als zweite Stufe können wir uns einen sogenannten Kompetenzpass vorstellen, der auch die Qualität der Lehrenden nach außen hin demonstriert. Wie so etwas aussehen könnte, wird aktuell an der TU Dresden erforscht.

Fazit: Personalabbau, Mittelkürzungen und als deren Folge ein „abgespecktes“ Programmangebot sowie Entgeltanhebungen gefährden nachweislich die Attraktivität der VHS. Sie führen unweigerlich zu einem Teilnehmerschwund und behindern z.T. gleichzeitig den gesetzlichen Bildungsauftrag. Wir sind im Gegensatz hierzu dafür, dass im Rahmen des finanziell Möglichen, eine angemessene Mittelbereitstellung gewährleistet wird.

Kinder und Jugend.....

Kinder brauchen Förderung, Unterstützung und Begleitung von Anfang an. Auch in Herne muss die Stadt für ein Aufwachsen in öffentlicher Verantwortung sorgen.

Die Armut und Chancenlosigkeit von vielen Kindern und Jugendlichen gehört auf die kommunalpolitische Tagesordnung. Fast die Hälfte aller Kinder in Herne (48%) lebt in armen oder armutsgefährdeten Familien mit einem Einkommen von unter 750 Euro.

Dabei sind von der Kommunalpolitik die Unterschiede in den Stadtbezirken zu berücksichtigen.

Das heißt: Die Stadtbezirke mit besonders schlechten sozialen Bedingungen müssen besser gefördert werden, denn wenn Ungleiches gleich gefördert wird, verschwindet nicht die Ungleichheit.

Die aktuelle Jugendhilfestatistik weist aus, dass seit 1998 die Förderung der hauptamtlichen sozialpädagogischen Fachkräfte und der Maßnahmen im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit (Bund, Land und Kommunen) stark rückläufig sind. Hier taten sich zwar alle NRW-Landesregierungen mit Kürzungen besonders hervor, aber auch auf kommunaler Ebene gilt es eine Trendwende einzuleiten.

Der Familienbericht der Stadt Herne zeigt, dass in den Stadtbezirken bis zu 40% der befragten Eltern bemängeln, dass es in Herne keine ausreichenden Freizeitangebote für Kinder gibt. Nur 30% der Befragten stimmten der Aussage, dass das Angebot ausreichend sei „voll und ganz zu“ bzw. „stimme eher zu“. Diese Befragungsergebnisse verdeutlichen, dass es einen großen Bedarf an freizeitpädagogischen Einrichtungen für Kinder und Jugendlichen in Herne gibt. Das hat die Kommunalpolitik für die nächste Legislaturperiode zu berücksichtigen.

- ✓ Seit Jahren sind die Förderungen der freien Träger im Bereich der Offenen Kinder- und Jugendarbeit nicht erhöht worden. Wir fordern eine bedarfsgerechte Anpassung der Förderungen dieser Einrichtungen. Bedarfsgerecht heißt aber auch, dass bestimmte Angebote vielleicht nicht mehr fortgeführt werden können.
- ✓ Wir fordern eine verbesserte Förderung der Jugendverbände in dieser Stadt, weil die Jugendverbände „Werkstätten der Demokratie“ sind.
- ✓ Wir fordern eine moderne Ausstattung mit Medien an den Orten der Kinder- und Jugendarbeit, damit auch Kinder und Jugendliche, die zuhause die entsprechenden Möglichkeiten nicht haben, Anschluss an die Mediengesellschaft finden.
- ✓ Die Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit sind auch wie die anderen Bildungsorte in die Entwicklung von kommunalen Bildungslandschaften mit einzubeziehen, was bisher in Herne nicht der Fall war und für die Zukunft nur als blüherante Absichtserklärung existiert. Bis zu 70% aller Kompetenzen werden außerhalb der Schule erlernt. Das muss eine kommunale Bildungspolitik, die heute auch immer Jugendpolitik sein muss, berücksichtigen.

Alter

Viele Menschen sind aufgrund ihres fortgeschrittenen Alters gesundheitlich eingeschränkt und werden in unserer schnelllebigen Zeit schnell ausgegrenzt.

Die Lebensbedingungen vieler hilfs- und pflegebedürftiger älterer Menschen, die einsam und allein in ihren Wohnungen leben oder auch in Heimen untergebracht sind, widersprechen vielfach dem Grundrecht auf „Altern in Würde“.

Gesetzliche Vorgaben stellen wirtschaftliche Interessen in den Vordergrund, Menschlichkeit bleibt auf der Strecke! Unsere Gesellschaft muss die Fürsorge für Alte, Kranke und Menschen mit Behinderungen in den Vordergrund ihres Handelns stellen und nicht die Gewinnmaximierung.

- ✓ Die AL wird sich an Stelle weiterer Alten- und Pflegeheime für **generationenübergreifende Lebens- und Wohnprojekte** in Herne einsetzen, in denen alte und junge Menschen wieder gemeinsam mit- und füreinander leben können.
- ✓ Des Weiteren setzen wir uns für den Ausbau des betreuten Wohnens ein.
- ✓ In der **Betreuung und Pflege** Älterer müssen mehr examinierte Fachkräfte eingesetzt werden und dringend notwendigen Arbeitsplätze geschaffen werden. Keinesfalls dürfen reguläre Arbeitsstellen durch 1-Euro-Jobber wegrationalisiert werden! Diese dringend erforderliche Kontrolle muss durch die zuständige Behörde – in diesem Fall die ARGE, bzw. die Heimaufsicht der Stadt Herne sichergestellt werden.
- ✓ Die z.T. pflegerisch und menschlich katastrophalen Zustände in Alten- und Pflegeheimen müssen umgehend beseitigt werden durch:
 - Aufstockung des Personalbestands in den Pflegebereichen mit gut ausgebildeten Fachkräften,
 - motivierende, mitverantwortliche Arbeitsbedingungen und tarifgerechte Bezahlung der in der Betreuung / Pflege Tätigen,
 - Unangemeldete Kontrollen in kurzen unregelmäßigen Abständen. Bei Verstößen gegen die Menschenwürde (Ruhigstellen mit Medikamenten, „Durchliegen“ u.a. Pflegeverstöße) müssen Pflegeeinrichtungen im Wiederholungsfall härter bestraft werden, Verantwortliche

solcher Einrichtungen müssen juristisch zur Verantwortung gezogen werden, „Wiederholungstätern“ muss für immer verboten werden, in diesen Bereichen zu arbeiten.

- Die baulichen Gegebenheiten müssen regelmäßig von unabhängigen Stellen kontrolliert werden und Missständen abgeholfen werden (Schimmelbildung o.ä. in den Zimmern).
- ✓ Die AL setzt sich dafür ein, dass die Würde beim Einzug in eine Alten-/Pflegeheim nicht an der Pforte abgegeben wird.
- ✓ Das Taschengeld der HeimbewohnerInnen muss den Preisentwicklungen regelmäßig einmal jährlich angepasst werden.
- ✓ Die Sozialbetreuung in den Kliniken muss ausgebaut werden.
- ✓ Einrichtung einer städtischen mobilen Seniorenberatung.
- ✓ Es sollte einen städt. Fahrdienst für Senioren und Behinderte mit einer ausreichenden Anzahl von Fahrzeugen geben. Der Anbieter aus Watterscheid mit einem Fahrzeug ist zu wenig!

Abgesehen davon gibt es auch viele ältere Mitmenschen, die aktiv am gesellschaftlichen Leben teilnehmen wollen. Hierfür ist sicherzustellen, dass sie z.B. an Fortbildungen teilnehmen können. So steht die Fachkompetenz und Lebenserfahrung auch für die Allgemeinheit weiterhin zur Verfügung und die Menschen fühlen sich bestätigt.

Behinderte.....

Die Alternative Liste fordert mehr positive Strukturen für Behinderte und Schwerbehinderte und setzt sich für die Umsetzung der Belange behinderter Menschen ein, wie sie in der Neuregelung des Landesgleichstellungsgesetzes Ende 2003 vorgeschrieben wurden. Darin werden konkrete Richtlinien für den behindertengerechten Bau/Umbau von öffentlichen Gebäuden benannt. Erfolgreich konnte die AL Herne die Stadt Herne dazu bringen, im Stadtteilzentrum Pluto einen behindertengerechten Aufzug einbauen zu lassen.

Behindertenverbände, Verwaltung und Unternehmen müssen dazu Zielvereinbarungen treffen, wie Barrierefreiheit vor Ort erreicht werden soll.

- ✓ Bei Planung und Bau von öffentlichen und privaten Objekten, die mit Zuschüssen gefördert werden, soll der Behindertenbeirat hinzugezogen werden. Das soll die strikte Durchsetzung der gesetzlichen Bestimmungen gewährleisten.
- ✓ Die AL setzt sich für Verbesserungen in Absprache mit den hier vertretenden Behinderten-VertreterInnen ein.
- ✓ Die AL ist gegen Diskriminierung von Behinderten, denen z.B. Kredite und Versicherungen verweigert werden.

In unseren Nachbarländern gibt es Gesetze gegen vielfältige Diskriminierungen von älteren und behinderten Menschen. Hierzulande wird das Allgemeine Gleichstellungsgesetz noch viel zu wenig beachtet, was sich ändern muss.

Lesben und Schwule.....

Bislang hat sich die Gleichstellungsstelle der Stadt Herne so gut wie ausschließlich um den Ausgleich Frauen ./ Männer gekümmert. Das ist für eine Großstadt wie Herne zu wenig und nicht mehr zeitgemäß. Die Anliegen von Lesben und Schwulen sind in Herne völlig unvertreten. Abhilfe:

- ✓ Die Einrichtung eines schwul-lesbischen Runden Tisches
- ✓ Die Gleichstellungsstelle soll sowohl vom Know-How als auch von der finanziellen Ausstattung aufgestockt werden.

MigrantInnen.....

Wir wollen uns verstärkt für die Förderung der Integration der in Herne lebenden ausländischen MitbürgerInnen einsetzen.

- ✓ Dazu gehört für die AL die konsequente Förderung der Kenntnisse der deutschen Sprache. Die Ghettobildung ganzer Stadtteile, die zum Teil leider schon eingetreten ist, darf nicht weiter fortschreiten.
- ✓ Eine wichtige Rolle spielt auch die VHS bei der Integration. Die Mittel für Sprachkurse - die sehr gut angenommen werden – dürfen keineswegs gekürzt werden.
- ✓ Ausländische Mitbürgerinnen und Mitbürger müssen, solange sie kein passives Wahlrecht besitzen, verstärkt in Entscheidungsprozesse eingebunden werden, z.B. als Sachkundige BürgerInnen. Der Integrations(bei-)rat ist allein nicht stark genug.

Integration kennt aber auch die Gegenrichtung: Die deutsche Bevölkerung muss mehr über Sitten und Gebräuche ihrer Nachbarn erfahren. Wir kaufen unser Gemüse beim „Türken“, gehen zum „Italiener“ ins Restaurant und verbringen unsere Ferien in Antalya, nur deren Kultur ist vielen von uns fremd geblieben.

Wir fassen uns da auch an die eigene Nase und werden die Kontaktaufnahme / Zusammenarbeit mit verschiedenen ausländischen Gruppen suchen.

Intensivierung von Städtepartnerschaften und Förderung von Jugend- und BürgerInnenaustausch...

In Zeiten von Globalisierung und EU-Erweiterung wird es Zeit, den Herner BürgerInnen mehr Möglichkeiten zu geben, direkte Kontakte mit Menschen aus anderen Ländern zu erleben. Die Städtepartnerschaften bieten dazu eine hervorragende Möglichkeit. Durch Hilfsgütertransporte nach Belgorod und Austausch von Gruppen aus allen Partnerstädten Hernes konnten freundschaftliche Kontakte aufgebaut werden, die weiter gepflegt werden sollen. Die Alternative Liste setzt sich dafür ein, dem Beispiel anderer Städte zu folgen und regelmäßige Austauschprogramme mit den Partnerstädten mit organisatorischer Unterstützung der Stadt Herne zu ermöglichen. Statt Funktionärstourismus befürworten wir eine Förderung von Jugend- und BürgerInnenaustausch.

Sicherheit.....

Herne gehört zu den objektiv sicheren Städten der Republik, sowohl im Straßenverkehr als auch in puncto Kriminalität. Da erscheint der Handlungsbedarf eher gering, jedoch sieht das persönliche Sicherheitsgefühl der Bürger ganz anders aus. Zumal als Folge des Sozialkahlenschlags ein Anstieg der Kriminalität zu befürchten ist. Der Abbau von Stellen bei der Polizeidirektion Bochum/Herne trägt garantiert nicht dazu bei, dass sich die Bürger hier sicher fühlen. Statt in Menschen investiert man lieber in zweifelhafte Technik und drückt damit auch aus, dass man sich nicht wirklich um die EinwohnerInnen kümmern mag. Statt dessen wird auf Verlegenheitslösungen wie den kommunalen Ordnungsdienst gesetzt. Dabei sind die einfachen Lösungen oftmals die Besten:

- ✓ Kein Stellenabbau bei der Polizei
- ✓ Statt Videoüberwachung auf öffentlichen Plätzen fordern wir den sprichwörtlichen »Schutzmann an der Ecke«, also mehr Fußstreifen, auch in den Wohnvierteln.
- ✓ Keine Verlagerung der Aufgaben des kommunalen Ordnungsdienstes an private Wach- und Sicherheitsdienste.
- ✓ Den Beschäftigten des kommunalen Ordnungsdienstes müssen weitreichende, aufgabengerechte Weiterbildungsmöglichkeiten eingeräumt werden. Dazu muss eine öffentliche Aufgabenkritik durch den Stadtrat stattfinden.
- ✓ Keine automatische (und teure!) Erfassung von individuellen Reisedaten à la TollCollect im ÖPNV. Wir lehnen den gläsernen Menschen ab.

Bürgerrechte und Mitgestaltung.....

In unserer repräsentativen Demokratie geben die WählerInnen alle vier oder fünf Jahre ihre Mitentscheidungsrechte an gewählte RepräsentantInnen ab. Danach haben sie in der Regel nur noch in komplizierten Verfah-

ren (BürgerInnen-Anträge/-Entscheid, Volksbegehren/-entscheid, etc.) die Möglichkeit, sich einzubringen.

In den Kommunen haben betroffene BürgerInnen zwar bei bestimmten Planungsverfahren Anhörungs- und Einspruchsrechte, doch selbst mitbestimmen können sie nicht.

Die Alternative Liste sieht in den fehlenden Mitbestimmungsmöglichkeiten auch Gründe für Politik(er)verdrossenheit und der „Wir können ja doch nichts bewirken“ - Einstellung.

- ✓ Die Alternative Liste wird sich aktiv an der **Entwicklung** neuer **Mitentscheidungs**prozesse (z.B. bei der Aufstellung des kommunalen Haushaltsplans) in Herne beteiligen und fordert alle MitbürgerInnen auf, aktiv mitzuhelfen. Wir wollen die Bürger zu Beteiligten machen und mehr direkte Demokratie.
- ✓ Ehrenamt und Selbsthilfe. Wo z.B. ein Spielplatz gewollt und gebraucht wird, müssen Bürger Hand anlegen dürfen!
- ✓ Die AL Herne will die Beteiligung der Bürger am Leben unserer Stadt um ein demokratisches Element erweitern: Über Bürgerbegehren und Bürgerentscheid hinaus wollen wir die Möglichkeit der Bürgeranfrage bzw. Bürgerfragestunde für Rats- / Ausschuß und Bezirksvertretungssitzungen schaffen. Demokratie ist schließlich kein Zuschauersport!
- ✓ Zur weiteren Förderung der Transparenz politischer Entscheidungen fordern wir die Weiterentwicklung des Ratsinfosystems im Internet.

Kultur.....

Die Lebensqualität in einer Stadt wird besonders von ihren Kultur- und Freizeitangeboten bestimmt. Jeder Mensch hat ein Anrecht auf Teilnahme am kulturellen Leben in unserer Stadt. Dieses Recht auch für die Ärmere praktisch durchzusetzen ist eine öffentliche Aufgabe, die sich nicht mit immer neuen Kürzungsorgien im kulturellen Bereich verträgt. Statt Millionen in sogenannte Prestigeprojekte zu stecken, fordern wir:

- ✓ den „Herner Herz-Pass“, der Menschen mit niedrigem Einkommen den kostenlosen oder stark ermäßigten Zugang zu Kultur- und Sportveranstaltungen sowie zur VHS ermöglicht;
- ✓ einen „kostenlosen Dienstag“ für Museen und Ausstellungen. Die Idee kommt als „Open Tuesday“ aus den USA und hat sich dort überaus bewährt;
- ✓ die konsequente Förderung soziokultureller, stadtteilbezogener Initiativen und Jugendprojekte. Wir sehen einen Bedarf für ein unabhängiges soziokulturelles Zentrum analog des Bahnhofes Langendreer in Bochum;
- ✓ den Ausbau – und nicht Abbau - der städtischen Bibliotheken, Schwimmbäder, Museen, der Musikschule sowie des breiten kulturellen Angebots der Flottmann-Hallen, des Kulturzentrums und privater Träger;
- ✓ keine Bevorzugung der Mondpalast GmbH vor anderen Kulturträgern. Für eine kostengünstige Koexistenz der Theaterveranstalter im Wanner Saalbau;
- ✓ mehr Engagement (auch finanziell) beim Denkmalschutz;
- ✓ ein Konzept für die kulturelle Nutzung des Gasometers auf dem Hibernia-Gelände;
- ✓ Leitlinien für die Kultur, die die Eigeninitiative von Bürgern eben nicht ausbremsen;
- ✓ Kostenloses, freies WLAN mindestens an zentralen Stellen.

Sport.....

Sportförderung ist wichtig für Gesundheit und Freizeitgestaltung, hilft bei Sozialisierung und Integration vom Menschen. Schul- und Vereinssport bedürfen der besonderen Fürsorge, wobei unser Augenmerk nicht auf die kurzlebigen Trendsportarten sondern auf die gewachsenen bestehenden Angebote gerichtet ist. Es darf nicht sein, dass immer noch 32% der Schulabgänger die Schule als Nichtschwimmer verlassen und andererseits Lehr-

schwimmbecken und Bäder geschlossen werden. Der Schulsport soll sich durch Einbeziehen von Randsportarten erneuern. Besonders diejenigen Sportarten, die zum Abbau von Aggressionen geeignet sind - Kampfsport wie Judo oder Ringen, Klettern mit Absichern würde das Teamverhalten fördern.

Dazu sollten auch geeignete Fachübungsleiter aus den Vereinen hinzugezogen werden, die durch behutsames Heranführen an die jeweilige Sportart das Interesse wecken und so den Kindern den Einstieg in den Freizeit- oder sogar Leistungssport erleichtern.

Kinder von sportlich desinteressierten Eltern haben meistens eine hohe Hemmschwelle und dadurch wenig Chancen, einem Verein beizutreten. Die gesellschaftspolitische Aufgabe des Sports ist bekannt und unbestritten. Nicht zuletzt allen Vereinen ist es zu danken, dass Verwahrlosung und Kriminalisierung der Jugend nicht ausufern. Die für den Sport gedachten Mittel müssen ihm in vollem Umfang zu Gute kommen. Es sind viele gute Projekte vom Landessportbund und anderen Gremien mit hoher Fachkompetenz und großem Fleiß erarbeitet worden, zum Wohl der BürgerInnen sollten wir sie endlich umsetzen.

- ✓ Die konsequente Umsetzung des „Pakts für den Sport in Herne“ und der Beibehaltung der ausgehandelten Finanzierung durch Stadt- und Landesmittel.
- ✓ keine Nutzungsgebühren und keine Energiekosten-Beteiligung für Sportstätten bei Trainingseinheiten von Vereinen.

Bauen, Wohnen und Einkaufen.....

Herne zählt zu den drei dichtbesiedeltesten Städten dieser Republik. Der Grünflächenanteil beträgt magere 16 %. Trotz der Lippenbekenntnisse zu mehr „Grün“ forcieren die großen Parteien weiter das Zubauen auch des kleinsten grünen Zipfels, der damit versiegelt wird. Auch vor den Randbereichen des Gysenbergs und des Flottmann-Geländes schreckt man nicht mehr zurück.

Und dies obwohl viele Gebäude in zentralen Bereichen in Herne leer stehen. Durch die Versiegelung werden erstens noch vorhandene Grünflä-

chen zerstört und dadurch die Ansehnlichkeit unserer Stadt weiter geschädigt. Zweitens wird dem Problem der leerstehenden Häuser damit nicht entgegengewirkt, sondern Misswirtschaft betrieben.

Gleichzeitig veröden die beiden Innenstädte immer mehr. Nicht nur fehlt die Kaufkraft – sicherlich Hernes Kernproblem – auch das zögerliche und teilweise dilettantische Handeln von Stadtverwaltung, Stadtmarketing und Wirtschaftsförderung ist schuld daran.

Die Nahversorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs ist z.B. in Constantin oder Herne-Süd weiterhin unzureichend. Das Nahversorgungskonzept der Stadtverwaltung hat daran nichts ändern können. Wir fordern, dass sich die Stadtplanung intensiver um die Umsetzung des Konzepts kümmert und nicht nur abwartet, bis sich irgendwann ein Discounter meldet.

- ✓ Die AL Herne tritt dafür ein, dass für neue Wohnbebauung nur bereits vorhandene Baulücken genutzt werden und keine Ausdehnung in die Grünbereiche hinein stattfindet.
- ✓ Die AL Herne setzt sich für den Erhalt preisgünstigen Wohnraums ein. Bei umfangreichen Wohnungsverkäufen muss das Wohn- und Vorkaufsrecht der jeweiligen Mieter gesichert sein. Langfristige Mietpreisbindungen verhindern, dass Menschen wegen willkürlichen Wohnungsverkäufen ihre nachbarschaftlichen Beziehungen schlagartig verlieren!
- ✓ Es sind nicht nur die wenigen grünen Flächen zu erhalten. Ziel muss es sein, weitere Grünflächen schrittweise zu schaffen.
- ✓ Die AL Herne spricht sich dafür aus, das Gelände des ehemaligen Containerdorfs an der Forellstraße für Spiel und Sport und/oder für eine Erweiterung des Schloß-Strünkede-Parks zu nutzen.
- ✓ Die AL Herne wird sich für die Ansiedlung von spezialisierten Geschäften in der Herner und Wanner Einkaufszone einsetzen. Diese gezielte Ansiedlung von Händlern mit außergewöhnlicher Marktstellung wird nicht nur zur Belebung des Stadtbildes beitragen, sondern vor allem den Händlern die lange vermisste Laufkundschaft bringen! Dazu muss endlich ein Zentrenkonzept auf den Weg gebracht werden, in dem die Innenstadt Priorität vor der „Grünen Wiese“ und ein zugkräftiges Sortiment erhält.
- ✓ Wir fordern einen Markt auf dem Buschmannshof, der gerne auch am Nachmittag / Abend stattfinden darf. Wir können uns gut eine Art

„Buschmanns-Hofladen“ mit frischen Produkten aus der Region vorstellen.

- ✓ Das aktuelle Nahversorgungskonzept muß endlich auch gelebt werden. Es müssen erwünschte Einzelhandelsansiedlungen forciert werden, damit alle Herner in maximal 700 m Umkreis ihre täglichen Einkäufe erledigen können. Besonders dringend ist eine Verbesserung der Nahversorgung in Constantin und in Herne-Süd.
- ✓ Im Interesse der Beschäftigten in den Herner Einzelhandelsgeschäften tritt die AL dafür ein, dass mit dem Unwesen der Sonderöffnungszeiten an Sonn- und Feiertagen Schluss ist.
- ✓ Die AL Herne setzt sich für die Einrichtung eines offenen Runden Tisches aus EinwohnerInnen, Experten und Verwaltung zur Entwicklung und Begleitung des Konzepts „Wohnen in Herne 2020“ ein. Dabei soll der Schwerpunkt auf die Sanierung (barrierearm / seniorenfreundlich) der bestehenden Wohnungen gelegt werden statt auf den Neubau von Doppelhaushälften.

Mobilität.....

Haben Sie's auch schon gemerkt? Die »Tempo-30-Stadt« Herne behindert alle Verkehrsteilnehmer gleichermaßen: FußgängerInnen, RadfahrerInnen, AutofahrerInnen.. Die Gängelung des Individualverkehrs –trifft auch den **Öffentlichen Personen-NahVerkehr** (ÖPNV) und hat neue, uneindeutige Verkehrssituationen geschaffen. Unsere Konsequenzen daraus:

- ✓ Die berühmten 5 Forderungen an den ÖPNV: schneller, öfter, länger, billiger, komfortabler (aus der Sicht des Kunden und in dieser Reihenfolge). Dies bedeutet vor allem die Entwirrung des Liniennetzes im Herner Osten und Süden und die Aufhebung von Tempo 30 dort, wo es Linienverkehr gibt. Mit »länger« meinen wir die Verbesserung des Nachtverkehrs mit effektiver und zeitsparender Anbindung an das übrige Ruhrgebiet.
- ✓ Zügige Fortentwicklung des Nahverkehrsplans mit dem Ziel, die Reisezeiten zwischen den einzelnen Stadtteilen deutlich zu reduzieren. Eine Fahrzeit von 52 Minuten von Holthausen nach Horsthausen ist eine Zu-

mutung! Ziel sollte sein, eine maximale Reisezeit von 25 Minuten zu erreichen. Im Ruhrgebiet insgesamt darf es von Punkt A nach Punkt B nicht länger als eine Stunde dauern.

- ✓ Der öffentliche Nahverkehr darf nicht privatisiert werden!!!
- ✓ Rücknahme der Preiserhöhungen des VRR aus den letzten drei Jahren und Preis-Stop für die nächsten zwei Jahre. Schließlich sind die Lebenshaltungskosten nur um 13 % gegenüber 2000 gestiegen, die Fahrpreise aber um satte 48 %.
- ✓ Ein einheitlicher Pauschaltarif für den VRR soll eingeführt werden. Alle zahlen pauschal und alle dürfen fahren. Schwarzfahrer gibt's dann nicht mehr. Das ist auch unter dem Begriff „ticketloser Nahverkehr“ bekannt.
- ✓ Der nächste Nahverkehrsplan soll von einem städteübergreifenden – hier: Herne und Bochum - Bürgerkomitee erstellt werden. Denn das alte Verfahren mit Gutachter und Verkehrsunternehmen hat in eine Sackgasse geführt.
- ✓ Den Busverkehr über die Kastanienallee/Bobenfeld soll es auch weiterhin am Wochenende im Dreißig-Minuten-Takt geben.
- ✓ Strenge Überprüfung von Straßenumbauten auf Nutzen und Dringlichkeit (schlechtes Beispiel: der Bau der Straße vom Gewerbegebiet Friedrich der Große zum Kanal). Schluss mit der Devise »Wir machen alles, wofür wir vom Land Geld kriegen ob es Sinn macht oder nicht«.
- ✓ Extrem dringlich ist aber der Kreisverkehr an der Pöppinghauser Straße / Emsring, der gutachterlich bestätigt einen besseren Verkehrsfluß als die Ampel erreicht. Genauso dringlich ist die Beseitigung des Gefahrenpunktes Rathausstraße / Berliner Straße.
- ✓ Strenge Qualitätskontrolle von Straßenbaumaßnahmen. Bei Ausschreibungen sollen ortsansässiger Betriebe bei gleichwertigen Angeboten bevorzugt werden, um Arbeitsplätze in dieser Stadt zu sichern. Das ist gesetzlich erlaubt!
- ✓ Beseitigung von angeblich vorfahrtsregelnden Straßeneinbauten (die im Dunklen kaum erkennbaren Aufpflasterungen an Kreuzungen) und überflüssigen Schildern sowie der Lärm- und Gefahrenquelle »Maulwurfshügel«.
- ✓ Erweiterung und vor allem die bauliche Verbesserung des Herner Radwegenetzes; denn: Das Netz genügt weder vom Umfang noch von der

Qualität her aktuellen Ansprüchen. Radfahren ist häufig noch ein unbequemes und gefährliches Unterfangen.

- ✓ Mehr Güter auf die Schiene und die Wasserstraßen. Keine einseitige Fixierung auf LKW-Logistik! Wiederanschluss des Logistik-Standorts Schloß Grimberg an das nahegelegene Schienennetz.
- ✓ Wanne soll Fernverkehrshalt bleiben und Herne als Alternative zu Bochum einer werden!
- ✓ Reaktivierung der Rheinischen Bahn von Bochum-Präsident bis Duisburg-Hochfeld zur Entlastung der Bahnstrecke Riemke-Wanne; dann sind die Bahnschranken auf der Südstraße auch häufiger mal oben.
- ✓ Die Sinnhaftigkeit des 6-spurigen Ausbaus der A43 muß noch einmal dringend geprüft werden. Wie wäre es denn stattdessen mit dem schon seit langem geplanten Regionalexpress 25 „Münster – Recklinghausen - Bochum – Hagen – Wuppertal“, um für die Pendler eine attraktive Nord-Süd-Verbindung zu schaffen?
- ✓ Es ist ausreichender kostenfreier Parkraum zur Verfügung zu stellen! Das wäre ein Pluspunkt, um sich mit den beiden Innenstädten gegen die Einkaufscenter auf der grünen Wiese zu behaupten. Und mehr Innovationen bei der Lösung der Parkplatzprobleme: Intelligente Parkleitsysteme und automatische Quartiersgaragen zum Beispiel.
- ✓ Bewerbung von Herne für das Simply-City-Projekt des Landes, das in Mülheim und Arnsberg gezeigt hat, daß 40-50 % aller Verkehrsschilder überflüssig sind.

Umwelt

Da Herne eine der dichtbesiedelsten Städten dieser Republik ist, darf keine weitere Verdichtung erfolgen. Der Grünflächenanteil beträgt magere 16 %. Trotz der Lippenbekenntnisse zu mehr „Grün“ in einer „Lebenswerten Stadt“ forcieren die großen Parteien weiter das Zubauen auch des kleinsten grünen Zipfels, der damit versiegelt wird. Auch vor Schrebergärten und kleiner Grünflächen innerhalb von Wohnblocks schreckt man nicht mehr zurück.

Nicht erst seit dem versuchten Giftmüll-Import aus Italien hat sich herausgestellt, dass die Emscher-Region das Müll-Klo Europas geworden ist. In Herten hat die AGR, an der auch Herne beteiligt ist, einen zweiten Müllöfen errichtet. Die gesamte Verbrennungskapazität beträgt nun mit 713.000 Tonnen im Jahr ein Vielfaches dessen, was in der Region an Müll entsteht.

- ✓ Die AL tritt dafür ein, den zur Verfügung stehenden Wohnraum zu nutzen und die noch wenigen grünen Flächen zu erhalten.
- ✓ Die AL will die Versiegelung von unbebauten Flächen stoppen.
- ✓ Die AL tritt für familien- und kinderfreundliche Parks und städtische Wiesen ein.
- ✓ Bei der neuen Ausweisung von Naturschutzgebieten muß das Augenmaß gewahrt bleiben. In einer so dicht besiedelten Stadtlandschaft ist die Freizeitnutzung im Zweifelsfall wichtiger.
- ✓ Das Mikroklima, das in Städten herrscht, darf in Herne keineswegs noch weiter verschlechtert werden. Vielmehr ist eine fühlbare Verbesserung anzustreben.
- ✓ Forcierung von Lärmschutzmaßnahmen
- ✓ Weg mit dem Unsinn der sogenannten „Umweltzonen“, die die Verantwortung für das Feinstaubproblem einseitig dem Verkehr aufbürden. Dafür muss mehr Druck auf die Großverursacher wie z.B. die Kraftwerke von Evonik und Eon sowie die Müllentsorger ausgeübt werden.
- ✓ Das Ruhrgebiet darf nicht mehr das Müll-Klo Europas sein. Das haben die Menschen hier nicht verdient, die anderen Umweltbelastungen sind schon hoch genug. Auch Müll aus dem Ausland (Neapel, Australien) hat hier nichts zu suchen. Das ist auch so in einer EU-Verordnung festgelegt, an die man sich nur konsequent halten müßte.
- ✓ Wir werden Initiativen für ein sogenanntes Repair-Cafe unterstützen, wo man und frau ihre defekten Geräte mit professioneller Hilfe wieder flott machen können. So läßt sich eine Menge Elektroschrott vermeiden und Spaß machts auch noch.

Der Erhalt des Postparks ist ein beeindruckendes Beispiel, wie dieser Punkt unseres Wahlprogramms konsequent umgesetzt wurde! Das ist übrigens auch ein Beitrag zum Mikroklima, denn der dort geplante Kaufland-Bau hätte das Klima für die ganze Wanner Innenstadt verschlechtert.

Und dann noch das Phantastische.....

Denn ein so bißchen was Visionäres kann man sich ja auch mal wünschen. Wobei der Hintergrund durchaus ernsthaft ist.

- ✓ Wie wäre es denn mal mit einem Badeschiff im Wendebecken hinter „Blaupunkt“? Ganz ungefährlich im Kanal schwimmen mit Blick auf die Emscherinsel. „Kanalaufwärts“ - in Berlin - gibt's das schon.
- ✓ Wie wäre es denn mal mit einer Seilbahn aus dem Herner Stadtzentrum nach Sodingen? Viel schneller als der 311er mit seinem Zickzack-Kurs und die Aussicht auf Stadtgarten und Uhlenbruch gibt's gratis dazu. In Koblenz ist die zur Bundesgartenschau gebaute Seilbahn jedenfalls ein großer Erfolg und führende Verkehrswissenschaftler empfehlen Nachahmung.
- ✓ Und das Wanner Rathaus sollte wieder eine Rathausuhr bekommen.

Zu guter letzt:

Brauchen wir eigentlich sowas wie ein Regierungspräsidium Arnberg, das fröhlich in einem stark umweltbelasteten Raum immer weitere Luftbelastungen genehmigt? Siehe den Kronocarb-Skandal, Kost, Evonik-Erweiterung, zweite Hausmüllverbrennungslinie der AGR, Müntefering-Gockeln, BAV, und, und, und...

Oder brauchen wir einen Regierungspräsidenten in Arnberg, der sich vor keiner WählerIn verantworten muß, aber Machtbefugnisse nahe denen eines Ministers hat? Der mit teilweise unsinnigen Forderungen in punkto Haushaltssanierung genau dieses Ziel torpediert. Und dabei die Gestaltungsmöglichkeiten der demokratisch gewählten VertreterInnen vor Ort bis nahe Null einengt.

NEIN! So eine Institution als Überbleibsel aus dem preußischen Obrigkeitsstaat brauchen wir nicht mehr!

Basisarbeit und Transparenz

Erfolgreiche Politik können wir für Herne nur dann bewirken, wenn viele BürgerInnen sich an der Arbeit des Rates und der Bezirksvertretungen aktiv und engagiert beteiligen.

Dazu wird die AL Gesprächsrunden, Ideenwerkstätten und Bürgerversammlungen initiieren und mitorganisieren und über Vorhaben von Rat und Verwaltung informieren.

Herne, im Mai 2014